Wahlordnung & Änderungsanträge

Wahlversammlung Bremen 8. Dezember 2018, Weserhaus BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen

ANTRAG

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 26.11.2018

Tagesordnungspunkt: 2 Wahlverfahren zur Listenaufstellung für die Bürgerschaftswahl

A1: Wahlverfahren zur Listenaufstellung für die Bürgerschaftswahl für den Wahlbereich Bremen am 08.12.2018

Antragstext

1 § 1 Grundsätze

- 2 (1) Es sind bis zu 33 Listenplätze zu vergeben.
- 3 (2) Die Liste ist alternierend mit Frauen und Männern zu besetzen, wobei den
- 4 Frauen die ungeraden Plätze zur Verfügung stehen (Mindestparität). Frauen können
- 5 auch auf den geraden Plätzen kandidieren. Eine reine Frauenliste ist möglich.
- 6 Sollte keine Frau für einen Frauen zustehenden Platz kandidieren bzw. gewählt
- 7 werden, entscheidet die Versammlung über das weitere Verfahren. Die Frauen der
- 8 Versammlung haben diesbezüglich ein einmalig aufschiebendes Vetorecht, § 3
- 9 Absatz 1 des Frauenstatuts gilt entsprechend. Intergeschlechtliche Personen
- 10 dürfen sowohl die für Frauen vorbehaltenen als auch die für Männer offenen
- 11 Listenplätze besetzen.
- 12 (3) Die Listenplätze 5 und 6 sind mit Personen zu besetzen, welche nach dem 26.
- 13 Mai 1988 geboren sind. Sollte keine Person im entsprechenden Alter für einen der
- 14 Plätze kandidieren bzw. gewählt werden, entscheidet die Versammlung über das
- 15 weitere Verfahren.
- 16 (4) Stimmberechtigt sind alle Personen, die mindestens seit dem 12. November
- 17 2018 Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind, am Tag der Versammlung die
- 18 Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats der Europäischen Union besitzen, 16
- 19 Jahre oder älter sind, ihren Hauptwohnsitz im Wahlbereich Bremen haben und nicht
- vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Sie müssen außerdem seit mindestens drei
- 21 Monaten im Land Bremen ihren Hauptwohnsitz haben oder sich sonst gewöhnlich
- 22 aufhalten, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik innehaben. Bei der
- 23 Schlussabstimmung über die Liste zur Bürgerschaft (Landtag) nach § 5 sind nur
- 24 Mitglieder mit deutscher Staatsangehörigkeit stimmberechtigt.
- 25 (5) Wählbar sind alle Personen, die am Tag der Bürgerschaftswahl die
- 26 Voraussetzungen nach § 1 Absatz 4 erfüllen, 18 Jahre oder älter, nicht von der

- 27 Wählbarkeit ausgeschlossen und nicht Mitglied einer anderen Partei oder
- 28 Wählervereinigung sind. Die Kandidatur von Unionsbürger*innen im Wahlbereich
- 29 Bremen gilt nur für die Stadtbürgerschaft.
- 30 (6) Die Wahlen sind geheim und erfolgen in zwei Schritten. Zunächst führt die
- 31 Versammlung ein Meinungsbild zur Aufstellung der Liste mit Hilfe eines
- 32 elektronischen Abstimmungssystems durch. Anschließend findet eine schriftliche
- 33 Schlussabstimmung über die gesamte Liste im Sinne des Bremischen Wahlgesetzes
- 34 statt.
- 35 (7) Das Meinungsbild wird für jeden Platz gesondert in Einzelwahl (§ 3)
- 36 erstellt. Auf Vorschlag der Versammlungsleitung kann die Versammlung nach einem
- 37 Wahlgang für einen geraden Listenplatz beschließen, das Meinungsbild für die
- 38 restlichen noch zu vergebenden Listenplätze in verbundener Einzelwahl (§ 4) zu
- 39 erstellen.

40 § 2 Vorstellung der Kandidierenden

- 41 (1) Zu dem Meinungsbild für einen bestimmten Listenplatz sind alle wählbaren
- 42 Personen zugelassen, die sich schriftlich für diesen Listenplatz beworben oder
- 43 rechtzeitig vor Beginn der Abstimmung bei der Versammlungsleitung ihre
- 44 Kandidatur angemeldet haben oder von einem stimmberechtigten Mitglied der
- 45 Versammlung vorgeschlagen wurden. Die Versammlungsleitung verkündet den
- 46 Bewerbungsschluss für diesen Wahlgang. Nach Bekanntgabe des Bewerbungsschlusses
- 47 für einen Wahlgang durch die Versammlungsleitung ist eine Kandidatur für diesen
- 48 Platz nicht mehr möglich.
- 49 (2) Jede Person hat die Gelegenheit, sich in angemessener Zeit vorzustellen. Die
- Vorstellungszeit beträgt höchstens fünf Minuten. Die Versammlungsleitung kann
- 51 der Versammlung im Verfahren der verbundenen Einzelwahl eine kürzere
- 52 Vorstellungszeit von mindestens drei Minuten vorschlagen, wenn anderenfalls ein
- rechtzeitiges Ende der Versammlung gefährdet ist. Die Vorstellung erfolgt auf
- 54 den jeweilig zu vergebenden Listenplätzen in alphabetischer Reihenfolge der
- 55 Nachnamen.
- 56 (3) Jede Person hat nur einmal die Möglichkeit, sich vorzustellen und Fragen zu
- 57 beantworten, und zwar vor der Erstellung des Meinungsbildes für den ersten
- 58 Listenplatz, für den sie sich bewirbt. Während der Vorstellung können
- 59 schriftlich Fragen bei der Versammlungsleitung abgegeben werden. Pro Wahlgang
- 60 werden maximal zwei Fragen zugelassen (geschlechterquotiert). Bei mehr als zwei
- 61 abgegebenen Fragen wird von der Versammlungsleitung gelost. Ist keine Frage von
- 62 einer Frau, Inter- oder Transperson eingereicht worden, ist gegebenenfalls die
- 63 Versammlung zu befragen, ob eine zweite von einem Mann eingereichte Frage
- 2 zugelassen werden soll. Im Anschluss an die Vorstellung werden die gelosten
- 65 Fragen von der Versammlungsleitung verlesen. Die Person hat maximal zwei Minuten
- 66 Zeit für deren Beantwortung. Liegen keine Fragen vor, kann die Person diese Zeit
- 67 für ihre weitere Vorstellung nutzen.
- 68 (4) Vor Beginn der Abstimmung über das Meinungsbild für einen Listenplatz ruft

- 69 die Versammlungsleitung die Namen der Personen auf, die sich für diesen Platz
- 70 beworben haben, aber sich bereits bei einem vorherigen Listenplatz vorgestellt
- 71 hatten. Sie gibt diesen Personen Gelegenheit, sich durch kurzes Aufstehen bei
- 72 der Versammlung in Erinnerung zu rufen.

73 § 3 Einzelwahl

- 74 (1) Jeder Listenplatz wird gesondert abgestimmt.
- 75 (2) Bei Wahlgängen mit nur einer Person können die Wahlberechtigten mit "Ja",
- 76 "Nein" oder "Enthaltung" stimmen. Die Person ist gewählt, wenn auf sie mehr Ja-
- 77 als Nein-Stimmen entfallen.
- 78 (3) Bei Wahlgängen mit mehreren Personen können die Wahlberechtigten für eine
- 79 Person, mit "Nein" oder mit "Enthaltung" stimmen. Gewählt ist die Person, auf
- 80 die mehr Stimmen entfallen als auf alle anderen Personen und auf "Nein"
- 81 zusammen.
- 82 (4) Wird im ersten Wahlgang niemand gewählt, findet ein zweiter Wahlgang statt,
- 83 an dem nur die Personen teilnehmen dürfen, die im ersten Wahlgang mindestens
- 84 zehn Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben, mindestens aber die beiden
- 85 Personen mit den meisten Stimmen. Haben alle Personen im ersten Wahlgang dieses
- 86 Quorum erreicht, scheidet nur die Person mit den wenigsten Stimmen aus.
- 87 (5) Kommt eine solche Entscheidung auch im zweiten Wahlgang nicht zustande,
- 88 findet ein dritter Wahlgang zwischen den beiden Bestplatzierten des zweiten
- 89 Wahlganges statt.
- 90 (6) Übersteigt in einem Wahlgang die Zahl der Nein-Stimmen die Zahl der Stimmen,
- 91 die auf die Personen entfallen, wird die Wahl für diesen Listenplatz abgebrochen
- 92 und erneut mit der Eröffnung der Bewerbungsliste für diesen Platz begonnen. Die
- 93 Personen, die an jenem Wahlgang teilgenommen hatten, dürfen für diesen
- 94 Listenplätz nicht erneut kandidieren. Wenn niemand kandidiert, bleiben alle
- 95 weiteren Listenplätze unbesetzt, und es erfolgt sogleich die Schlussabstimmung.
- 96 (7) Können wegen Stimmengleichheit das Meinungsbild eines Wahlgangs oder die
- 97 Teilnahmeberechtigten des nächsten Wahlgangs nicht ermittelt werden, wird der
- 98 Wahlgang wiederholt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 4 Verbundene Einzelwahl

- 100 (1) Bei der verbundenen Einzelwahl werden jeweils bis zu fünf Plätze im Block
- 101 gewählt. Zunächst werden die Frauenplätze, danach die offenen Plätze gewählt. Es
- 102 können jeweils so viele Stimmen abgegeben werden wie Plätze zu wählen sind;
- 103 alternativ kann mit "Nein" oder "Enthaltung" gestimmt werden. Enthaltungen
- 104 werden bei der Berechnung der in den Wahlgängen erforderlichen Quoren nicht
- 105 berücksichtigt.

99

- 106 (2) Im ersten und zweiten Wahlgang ist gewählt, wer von mehr als fünfzig Prozent
- 107 der Abstimmenden eine Stimme erhalten hat. Die Platzierung auf der Liste erfolgt
- 108 nach Reihenfolge der Wahl und Anzahl der erreichten Stimmen. Bei
- 109 Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- 110 (3) Personen, die in einem Wahlgang von weniger als zehn Prozent der
- 111 Abstimmenden eine Stimme erhalten, scheiden aus den weiteren Wahlgängen aus.
- 112 (4) Wird ein Platz oder werden mehrere Plätze im ersten Wahlgang nicht besetzt,
- 113 folgt ein zweiter Wahlgang. Es können jeweils so viele Stimmen abgegeben werden,
- 114 wie Plätze noch zu besetzen sind oder mit "Nein" oder "Enthaltung" gestimmt
- 115 werden. Gewählt ist, wer von mehr als fünfzig Prozent der Abstimmenden eine
- 116 Stimme erhält. Die Platzierung auf der Liste erfolgt nach Reihenfolge der Wahl
- 117 und Anzahl der erreichten Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- 118 (5) Wird ein Platz oder werden mehrere Plätze im zweiten Wahlgang wieder nicht
- 119 besetzt, folgt ein dritter Wahlgang. Gewählt sind hier die Personen mit den
- 120 meisten Stimmen. Es muss jedoch ein Mindestquorum von 25 % der Abstimmenden
- 121 erreicht werden. Sollten auch hier ein bzw. mehrere Plätze nicht gewählt werden,
- 122 wird ein neuer erster Wahlgang eröffnet.

123 § 5 Schlussabstimmung

- 124 (1) Nach Erstellung des Meinungsbildes für den letzten zu vergebenden
- 125 Listenplatz erfolgt eine geheime, schriftliche Schlussabstimmung.
- 126 Stimmberechtigt sind bei der Schlussabstimmung nur Mitglieder, die
- 127 wahlberechtigt im Sinne des Wahlgesetzes sind und deren Identität überprüft
- 128 werden kann (gültiger Personalausweis oder Reisepass).
- 129 (2) Die Stimmberechtigten werden gefragt, ob eine Änderung der sich aus dem
- 130 Meinungsbild ergebenden Liste gewünscht wird. Ist dies der Fall, wird über die
- 131 vorgeschlagene Änderung geheim und schriftlich abgestimmt. Die Abstimmenden
- 132 können im Anschluss für die gegebenenfalls geänderte Gesamtliste mit "Ja",
- 133 "Nein" oder "Enthaltung" stimmen. Die Liste ist angenommen, wenn auf die mehr
- 134 Ja- als Nein-Stimmen entfallen.
- 135 (3) Wenn sich unter den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern, die an der
- 136 Schlussabstimmung teilnehmen möchten, keine Personen ohne deutsche
- 137 Staatsangehörigkeit befinden, erfolgt die Schlussabstimmung auf einem
- 138 gemeinsamen Stimmzettel für Bürgerschaft (Landtag) und Stadtbürgerschaft.
- 139 Andernfalls werden zwei getrennte Stimmzettel verwendet, je einer für die
- 140 Bürgerschaft (Landtag) und die Stadtbürgerschaft. Den Stimmzettel für die
- 141 Bürgerschaft (Landtag) erhalten nur die wahlberechtigten Mitglieder mit
- 142 deutscher Staatsangehörigkeit.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä1

Antragsteller*in: Wilko Zicht (Bremen-Ost KV)

Antragstext

In Zeile 89 einfügen:

Wahlganges statt. Erreicht im dritten Wahlgang keine Person die erforderliche Mehrheit, findet ein vierter Wahlgang statt, an dem nur die Person mit den meisten Stimmen teilnimmt.

Begründung

Es fehlt noch eine Regelung für den unwahrscheinlichen Fall, dass auch im dritten Wahlgang niemand die einfache Mehrheit erreicht. In diesem Fall sollte es einen weiteren Wahlgang geben, an dem nur die Person mit den meisten Stimmen teilnehmen darf. Die Regeln für diesen vierten Wahlgang ergeben sich dann automatisch aus den Absätzen 2, 6 und 7. Das heißt, die Person muss im vierten Wahlgang mehr Ja- als Nein-Stimmen auf sich vereinen. Erhält sie mehr Nein- als Ja-Stimmen, wird die Bewerbungsliste für diesen Listenplatz ohne diese Person neu eröffnet.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä2

Antragsteller*in: Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV)

Antragstext

In Zeile 2:

(1) Es sind bis zu 3328 Listenplätze zu vergeben.

Begründung

Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 18.06.2018 (It grüner Webseite) Eine starke Liste für Bremen

Die Landesmitgliederversammlung beschließt, die stadtbremische Liste zur Bürgerschaftswahl auf 28 Personen zu begrenzen.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä3

Antragsteller*in: Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV)

Antragstext

In Zeile 84:

zehnzwanzig (20%) Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben, mindestens aber die beiden

Begründung

Wahlverfahren zu BBÜ 2015, hat sich bewährt. 10% für einen zweiten Wahlgang erscheint mir zu wenig Unterstützung (90% sind ja dagegen bzw. enthalten sich).

ÄNDERUNGSANTRAG Ä4

Antragsteller*in: Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV)

Antragstext

In Zeile 50 einfügen:

Vorstellungszeit beträgt <u>beträgt für die ersten beiden Listenplätze maximal 10 Minuten.</u> <u>für die folgenden Plätze</u> höchstens fünf Minuten. Die Versammlungsleitung kann

Begründung

Es geht um die beiden vorderen Plätze, wo politische Grundsätze der Bremer Grünen vertreten werden.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä5

Antragsteller*in: Dorothea Staiger (Bremen LdW KV)

Antragstext

In Zeile 59:

schriftlich Fragen bei der Versammlungsleitung abgegeben werden. Pro WahlgangPerson

Begründung

Dies ist vermutlich eine redaktionelle Änderung. Gemeint ist sicher nicht, dass pro Wahlgang für alle Personen dieses Wahlgangs insgesamt 2 Fragen zugelassen werden. Gemeint ist vermutlich, dass pro kandidierender Person 2 Fragen zugelassen werden.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä6

Antragsteller*in: Dorothea Staiger (Bremen LdW KV)

Antragstext

Von Zeile 76 bis 77:

"Nein" oder "Enthaltung" stimmen. <u>Die Person ist gewählt, wenn auf sie Gewählt ist, wer von</u> mehr <u>Ja-</u>als <u>Nein-Stimmen entfallen50 % der Abstimmenden eine Stimme erhalten hat.</u>

Begründung

Unter § 4 Verbundene Einzelwahl Punkt (2) ist geregelt:

"Im ersten und zweiten Wahlgang ist gewählt, wer von mehr als fünfzig Prozent der Abstimmenden eine Stimme erhalten hat."

Es leuchtet nicht ein, warum bei Einzelwahl und verbundener Einzelwahl ein unterschiedliches Quorum für die Wahl gelten soll. Zudem findet die Einzelwahl für die vorderen Listenplätze statt, hier muss es eine klare Mehrheit für die gewählten Personen geben.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä7

Antragsteller*in: Dorothea Staiger (Bremen LdW KV)

Antragstext

Von Zeile 79 bis 81:

Person, mit "Nein" oder mit "Enthaltung" stimmen. Gewählt ist die Person, auf die mehr Stimmen entfallen als auf alle anderen Personen und auf "Nein" zusammen. Gewählt ist die Person, die von mehr als fünfzig Prozent der Abstimmenden eine Stimme erhalten hat.

Begründung

Die vorgeschlagene Regelung ist viel zu kompliziert formuliert und führt im Ergebnis dazu, dass die gewählte Person mind. 50 % der Stimmen bekommen muss. Deshalb wird eine einfachere Formulierung vorgeschlagen.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä8

Antragsteller*in: Dorothea Staiger (Bremen LdW KV)

Antragstext

Von Zeile 103 bis 105 löschen:

alternativ kann mit "Nein" oder "Enthaltung" gestimmt werden. Enthaltungen werden bei der Berechnung der in den Wahlgängen erforderlichen Quoren nicht berücksichtigt.

Begründung

Dieser Satz macht hier keinen Sinn. Wenn man 50 % der Stimmen der Anwesenden erhalten muss, werden Enthaltungen und Nein-Stimmen bei der Ermittlung des Quorums gleich gewichtet.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä9

Antragsteller*in: Dorothea Staiger (Bremen LdW KV)

Antragstext

Von Zeile 94 bis 95 löschen:

Listenplätz nicht erneut kandidieren. Wenn niemand kandidiert, bleiben alle weiteren Listenplätze unbesetzt, und es erfolgt sogleich die Schlussabstimmung.

Begründung

Es erscheint zwar ziemlich unwahrscheinlich, dass in einem solchen Fall niemand mehr kandidiert, wenn es sich um einen geraden Listenplatz handeln sollte. Aber falls es aus welchen unerklärlichen Gründen auch immer doch passieren sollte, könnte die Liste zu kurz werden.

Sollte es sich hier um einen ungeraden Platz handeln, kann die Versammlung nach Frauenstatut auch beschließen, den Platz für Männer zu öffnen.

Wenn er wirklich keine Kandidaturen mehr geben sollte, folgt zwangsläufig die Schlussabstimmung.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä10

Antragsteller*in: Dorothea Staiger (Bremen LdW KV)

Antragstext

In Zeile 122:

wird ein neuer erster Wahlgang eröffneterneut mit der Eröffnung der Bewerbungen für diesen oder diese Plätze begonnen. Personen, die zuvor das Mindestquorum von 25 % der Abstimmenden nicht erreicht haben, dürfen nicht erneut kandidieren.

Begründung

Präzisierung und Ausschluss von Personen, die im 3. Wahlgang das Mindestquorum von 25 % nicht erreicht haben. Es kann hier doch nur noch darum gehen, neue Bewerber*innen zu motivieren, für diesen Platz oder diese Plätze zu kandidieren.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä11

Antragsteller*in: Dorothea Staiger (Bremen LdW KV)

Antragstext

In Zeile 133:

"Nein" oder "Enthaltung" stimmen. Die Liste ist angenommen, wenn auf diesie mehr

Begründung

redaktionell

ÄNDERUNGSANTRAG Ä12

Antragsteller*in: Matthias Güldner (Bremen-Kreisfrei KV)

Antragstext

In Zeile 2 löschen:

(1) Es sind bis zu 33 Listenplätze zu vergeben.

Begründung

§1, Absatz (1) wird gestrichen. Absatz (2) wird zu (1) usw.

Begründung: Wir wissen vor der Wahlversammlung nicht, wie viele Kandidat*innen antreten wollen (das ist ja noch bis zur Versammlung selbst möglich) und wie viele davon das Vertrauen der Mitglieder erhalten. Insofern ist es überflüssig und ungeschickt, die Anzahl auf unserer Liste von vornherein zu begrenzen. Die Begrenzung, die als solches sinnvoll ist, um nicht gewollte Kandidat*innen von der Liste fernzuhalten, findet durch die Nicht-Wahl, im eigentlichen Wahlgang statt. Wenn, zum Beispiel, die Versammlung eine Person mit großer Mehrheit auf Platz 34 wählen möchte, dies aber durch die Wahlordnung unmöglich ist, schadet dies der Liste und nützt ihr nicht. Wenn eine Kandidat*in auf Platz 32 durch die Versammlung nicht die erforderliche Mehrheit erhält, dann ist sie auch ohne die Platzbegrenzung nicht auf der Liste.

Zu guter letzt: Die bei der letzten Wahl 2015 beobachteten Probleme, mit Leuten, die nach der Wahl die Fraktion verlassen haben, hatten mit dieser Frage nichts zu tun und würden auch durch die jetzige Regelung nicht verhindert. Wer - laut Versammlungsmehrheit - nicht in die BBü soll, darf dann halt auch nicht mehrheitlich gewählt werden. Dies ist der einzige, aber auch der korrekte, Weg, Enttäuschungen nach der Wahl zu verhindern.

Zu guter allerletzt das Formale: Es gibt eine Empfehlung einer LMV mit einer Begrenzung sogar auf 28 Plätze. Die Wahlversammlung als eigenständiges Gremium nach Wahlgesetz beschließt aber über die vom LaVo vorgeschlagene Wahlordnung. Insofern kann sie auch souverän über Änderungsanträge zu dieser Wahlordnung frei entscheiden.